

Papiernot und Pressefreiheit.

st. Vor kurzem hat eine Reichskonferenz der österreichischen Tageszeitungen beschlossen, „von der Regierung die Schaffung einer interministeriellen Kommission zur Sicherung des Zeitungswesens zu verlangen. Die Amtsstelle für das Zeitungswesen solle aus dem Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft ausgeschieden und dieser Kommission unterstellt werden. Die der Durchführung dieser Aktion sollen Delegierte der Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen zugezogen werden und mitberaten können, damit rechtzeitig Gelegenheit geboten werde, eventuelle Veränderungen an der gewünschten Reform zu verhindern.“ Diese harmlose Meldung, die in der Presse veröffentlicht wurde, ist von der breiten Öffentlichkeit nicht in ihrer ganzen Tragweite begriffen worden. Die Urheber des angeführten Planes haben in der Reichskonferenz ihre Absichten näher entwickelt. Vor allem kommt es ihnen darauf an, die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Presse aus dem Zusammenhang des Handelsministeriums zu lösen und in eine enge Verbindung mit dem Ministerratspräsidium zu bringen. Daß jene Kommission unter dem Vorsitz des Handelsministeriums tagen würde, wäre lediglich Formsache. Den maßgebenden Einfluß hätte der Presseschef des Ministerratspräsidiums. Im übrigen sollten der Kommission ständige Vertreter der beteiligten Ressorts, insbesondere auch des Kriegsministeriums und des Armeeoberkommandos angehören. Zu den Aufgaben der Kommission hätte die rasche Erledigung aller mit dem Zeitungswesen zusammenhängenden Fragen zu gehören. Das bedeutet nicht nur die Entscheidung über Erzeugung, Aufbringung, Verteilung, Verbrauch und Preise von Zeitungspapier, sondern auch Verfügung über Kohle, Waggons, Lebensmittel usw. Mit anderen Worten, die Bedürfnisse der Presse würden damit eine Vorrangstellung vor allen anderen öffentlichen Bedürfnissen erhalten, die unter Umständen zur schweren öffentlichen Gefahr werden könnte. Bis zu einem hohen Grade ist das schon heute der Fall. So erhalten bei der Kohlenverteilung schon heute die Rotationspapierfabriken vor der Befriedigung aller anderen Betriebe (sogar vor den Munitionsfabriken) täglich 48 Waggon Kohle zugewiesen, die — nebenbei bemerkt — trotzdem nicht hinreichen, die Rotationspapierfabriken in Betrieb zu halten, weil manche Papierfabrik die zugewiesene Kohle zu Erzeugung von höher rentablem Kommerzpapier verwendet, während andere Betriebe leer ausgehen. Daß das ungestörte Erscheinen der Presse ein eminentes öffentliches Interesse darstellt, kann natürlich nicht bezweifelt werden. Aber die Regierung wird daran zu erinnern sein, daß es noch andere konkurrierende öffentliche Interessen gibt. Denn Papier ist vor allem in den letzten Monaten durch die lange Kriegsbauer mehr und mehr zur wichtigsten Materialreserve für die Bekleidung der Armee und der Bevölkerung geworden.

Die Erzeugung von Spinnpapier ist in Oesterreich erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit aufgenommen worden und muß mit allen Mitteln forciert werden, weil die Zufuhren aus Deutschland mit dem wachsenden eigenen Bedarf Deutschlands immer mehr hinter dem zugesagten Kontingent zurückbleiben. Heute verfügt die Monarchie über Vorräte von zirka 1800 Waggons Spinnpapier. Dazu kommt eine monatliche Einfuhr aus Deutschland von etwa 145 Waggons, während die Inlanderzeugung gegenwärtig höchstens 140 Waggons beträgt. Dem steht ein monatliches Mindestverfordernis für die Zwecke der Armee (Säcke, Wäsche usw.) und der Volksbekleidung von 600 Waggons gegenüber. Da weder auf die deutsche noch auf die Zufuhr auf die Dauer zu rechnen ist, steht somit die österreichische Papierindustrie vor der Aufgabe, ihre Erzeugung an Spinnpapier mindestens auf das Vierfache der heutigen zu steigern. Demgegenüber beträgt gegenwärtig die Monatserzeugung von Rotationsdruckpapier zirka 280 Waggons. Während auf der einen Seite das Kriegsministerium und die Volksbekleidungsstelle mit Recht darauf bringen, daß die Spinnpapiererzeugung rasch gesteigert wird, soll nun ein übermächtiges politisches Organ geschaffen werden, das die Bedürfnisse der Tageszeitungen unabhängig von den Erfordernissen der Kriegführung und der Volksbekleidung sicherstellt. Das ist eine offensichtliche Unmöglichkeit. Ob und in welchem Ausmaß Rotationspapier, Spinnpapier und Kommerzpapier erzeugt werden soll, kann nur von einer Stelle entschieden werden, die zwischen den konkurrierenden Interessen einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen hat, und diese Stelle kann nur das Generalkommissariat für Kriegs- und Uebergangswirtschaft sein, aus dem die Antragsteller die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Tageszeitungen ausschalten wollen. Während Deutschland darangeht, die muster-gültige Zusammenfassung, welche die Bewirtschaftung sämtlicher Industriegegenstände im österreichischen Generalkommissariat gefunden hat, nachzuahmen, soll in Oesterreich die Presse ihre politische Macht dazu mißbrauchen, ihre Sonderbedürfnisse außer dem Zusammenhang mit den bestehenden kriegswirtschaftlichen Organisationen zu befriedigen.

Dabei muß man sich klar sein, wie weit der Bereich ist, der durch eine solche Sonderstellung der Presse berührt würde. In der Papierindustrie hätten niemals so bedenkliche Verhältnisse eintreten können, wenn sich die Regierung früher entschlossen hätte, die Papierwirtschaft zu regeln und in Verbindung mit der Bewirtschaftung der anderen Rohstoffe zu bringen. Leider ist der Wirtschaftsverband der Papierindustrie erst im August d. J. ins Leben getreten und hat seine volle Tätigkeit bis heute noch nicht aufgenommen — wie es scheint, aus Gründen, die nicht außer Zusammenhang mit den Absichten der Urheber

jener Reichskonferenz stehen. Statt daß nun die Tätigkeit dieses Wirtschaftsverbandes mit allem Nachdruck gefördert wird, soll ihm jetzt praktische Aktionsmöglichkeit genommen werden, weil er nicht imstande wäre, die übrigen Papierarten zu bewirtschaften, wenn Verfügungen über alle Roh- und Hilfsstoffe von einer mit besonderen Vollmachten ausgestatteten außenstehenden Behörde getroffen würden. Diese erstrecken sich nicht nur auf Kohle, Waggons und Arbeiter, der Wirtschaftsverband hat heute ebenso den Schwefelkies zu verteilen, den die Seeresverwaltung für die Zelluloseerzeugung freigibt, auch Wolle und Baumwolle zur Erzeugung von Maschinensilken erwirkt, verteilt Harz, Gekern usw. Man stelle sich vor, daß über alle diese Gegenstände unabhängig von sonstigen Papierbewirtschaftung und von den Verfügungen des Generalkommissariats disponiert würde! Dabei gewinnt die Rotationspapiererzeugung heute ohnehin bereits eine Vorrangstellung. Während die gesamte Papiererzeugung auf weniger als 40 Prozent der normalen gesunken ist, wird an Rotationspapier noch immer ungefähr 60 Prozent des Friedensquantums hergestellt, und dies, obwohl die Erzeugung sowohl von Spinnpapier als von Kommerzpapier für die Papierfabriken wesentlich rentabler ist als von Rotationspapier, dessen Preis unter dem Druck der Regierung künstlich niedergehalten wird.

Und nun kommen wir zu der politischen Seite der ganzen Angelegenheit, die noch wichtiger und bedenklicher ist als die wirtschaftliche. Schon heute besteht eine Verteilungsstelle für Rotationsdruckpapier im Handelsministerium, die den Bezug von Papier zu bewilligen hat. Schon durch diese Verteilungsstelle, die an keine feste Weisung gebunden ist (wie etwa, daß alle Zeitungen Anspruch hätten auf einen bestimmten Teil ihres Bedarfes), hat die Regierung eine ungeheure Waffe in der Hand. Tatsächlich hat das entscheidende Wort in der Verteilungsstelle nicht das Handelsministerium, sondern der Presseschef des Ministerratspräsidiums. Jede mißliebige Zeitung kann daher schon heute auf administrativem Wege unschädlich gemacht werden, indem ihr unter irgend einem Vorwand der Papierbezug gesperrt wird. Und an der wirtschaftlichen Seite sind die oppositionellen Zeitungen naturgemäß in der Regel empfindlicher als die farblosen oder regierungstreuen. Nun aber soll nach dem Antrage der „Reichskonferenz“ nicht nur die Verteilung von Papier, sondern auch die Erzeugung, die Zuteilung von Farbe, Kohle usw., kurz alle wirtschaftlichen Existenzbedingungen in die Gewalt einer politischen Regierungsstelle übergehen und damit das Schicksal jeder einzelnen Zeitung, die Möglichkeit der Ausgestaltung von bestehenden Blättern und vollends die Gründung neuer Blätter in die Hand der Regierung gegeben werden.

Das ist eine politische Gefahr, die in ihrer ganzen Tragweite anzuhalten werden muß, weil sie das öffentliche Leben dieses Staates aufs allerschwerste bedroht. Wir sind überzeugt, daß sich die unabhängige Presse dieser Gefahr gar nicht bewußt ist, wenigstens hat man bisher nichts von einem Protest gegen dieses Attentat auf die verfassungsmäßig gewährleistete Pressefreiheit gehört. Der Grund für diese stillschweigende Billigung jener Blätter dürfte darin zu suchen sein, daß sich der ganze Plan heute als eine Konzession der Regierung an die Presse darstellt. Gegenüber einer schwachen Regierung wird die Presse in der Tat immer der stärkere Teil sein. Aber man übersieht dabei, daß sich die Spitze der Waffe von einer starken Regierung leicht umlehren läßt. Und unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der Passus in dem oben zitierten Beschluß der Reichskonferenz seine merkwürdige Bedeutung, daß bei der Durchführung der Aktion die Delegierten der „Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen“ zugezogen werden sollen. Der Schöpfer der „Vereinigung“ ist der Chefredakteur eines der billigen Wiener illustrierten Volksblätter, der Antragsteller der Chefredakteur der angesehensten alpenländischen Provinzzeitung. Die Mitwirkung bei der Aktion würde sich nun von selbst so gestalten, daß diese beiden Herren in die interministerielle Kommission eintreten, was nicht nur ein verwaltungstechnisches Unikum wäre, sondern für die gesamte Presse die Übertragung der Macht an Persönlichkeiten bedeuten würde, die zweifellos mit dieser ganzen Aktion ihre politischen Sonderzwecke verfolgen. Welches diese Sonderzwecke sind, ist uns nicht bekannt, für die Beurteilung des ganzen Planes auch gleichgültig. Aber fest steht, daß die Männer, die die Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen führen, nicht die Repräsentanten der großen österreichischen Presse sind und daß die Kooperation dieser Männer mit der Regierung die unabhängige Presse und das Parlament nicht abhalten darf, mit allem Nachdruck dem geplanten Attentat auf Pressefreiheit und Kriegswirtschaft entgegenzutreten.

*) Wir entnehmen die vorstehenden Ausführungen einem im „Oesterreichischen Volkswirt“ erschienenen Artikel. Ohne uns in allen Punkten mit dem Artikel identifizieren zu wollen, glauben wir doch, diese bemerkenswerten Ausführungen von allgemeinem Interesse unseren Lesern nicht vorenthalten zu sollen.